

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1971

Ausgegeben am 13. August 1971

87. Stück

- 298.** Verordnung: Zulassung einer Eintrittsstelle für die Ein- und Durchfuhr von Nadelholz mit Rinde
- 299.** Verordnung: Erlassung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung für das Einzugsgebiet des Hainbaches
- 300.** Verordnung: 4. Durchführungsverordnung zum Elektrotechnikgesetz
- 301.** Verordnung: Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz und dem Bauern-Pensionsversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1972
- 302.** Verordnung: Hagelversicherungs-Förderungsverordnung 1971
- 303.** Verordnung: Verkehr mit verpackten chemischen Konsumgütern
- 304.** Kundmachung: Beitritt Japans zum Zollabkommen über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen)
- 305.** Kundmachung: Beitritt Libanons und Lesothos zur Internationalen Konvention zur Vereinfachung der Zollformalitäten samt Protokoll

298. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 6. Juli 1971 über die Zulassung einer Eintrittsstelle für die Ein- und Durchfuhr von Nadelholz mit Rinde

Auf Grund des § 5 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 5. April 1962, BGBl. Nr. 115, über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz wird im Einvernehmen mit den Bundesministern für Verkehr sowie für Handel, Gewerbe und Industrie verordnet:

Als weitere Eintrittsstelle für die Ein- und Durchfuhr von Nadelholz mit Rinde im Eisenbahnverkehr wird zugelassen:

gegenüber:

Bundesrepublik Deutschland: Simbach (Inn)

Weihls

299. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 9. Juli 1971, mit der eine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung für das Einzugsgebiet des Hainbaches erlassen wird

Auf Grund des § 54 WRG 1959, BGBl. Nr. 215, wird verordnet:

§ 1. Im Einzugsgebiet des Hainbaches ist nach den Grundsätzen einer modernen Wasserwirt-

schaft unter Berücksichtigung der §§ 2 bis 4 dieser Verordnung ein ausgeglichener Wasserhaushalt herzustellen und beizubehalten.

§ 2. Zur Gewährleistung eines ausgeglichenen Wasserhaushaltes sind alle wasserwirtschaftlichen Maßnahmen im Einzugsgebiet des Hainbaches derart aufeinander abzustimmen, daß nachteilige Auswirkungen auf das ober- und unterirdische Gewässerregime vermieden werden.

§ 3. Vor allem haben Regulierungs- und Meliorationsmaßnahmen am Hainbach und an seinen Zubringern unter Berücksichtigung des Konsumtionsvermögens des Hainbach-Unterlaufes und des Schwemmbaches so zu erfolgen, daß keine nachteiligen Beeinflussungen der Unterläufe (Schwemmbach und Mattig) eintreten. Zu diesem Zwecke ist besonderer Wert auf die Einrichtung von Retentionsbecken zu legen.

§ 4. Um die sinkende Tendenz des Grundwasserspiegels in den Talräumen von Hainbach und Schwemmbach auszugleichen, ist nach Möglichkeit für die Versickerung von Oberflächenwässern vorzusorgen.

§ 5. (1) Diese Verordnung erstreckt sich auf alle wasserwirtschaftlichen Maßnahmen im Einzugsgebiet des Hainbaches, an dem folgende Ortsgemeinden Anteil haben:

Im politischen Bezirk Vöcklabruck, Land OÖ: Oberhofen am Irrsee.

Im politischen Bezirk Salzburg-Umgebung, Land Salzburg: Köstendorf, Neumarkt am Wallersee und Straßwalchen.

Im politischen Bezirk Braunau am Inn, Land OÖ: Lengau und Munderfing.

(2) Die Landeshauptmänner von Oberösterreich und von Salzburg haben für die Eintragung der Einzugsgebietsgrenzen in Karten zu sorgen, die beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung und beim Amt der Salzburger Landesregierung, bei den Bezirkshauptmannschaften Vöcklabruck, Salzburg-Umgebung und Braunau am Inn, bei der Agrarbezirksbehörde Gmunden, bei der Agrarbehörde I. Instanz des Landes Salzburg sowie bei den Gemeindeämtern in Oberhofen am Irrsee, Köstendorf, Neumarkt am Wallersee, Straßwalchen, Lengau und Munderfing aufzulegen sind.

§ 6. Die Landeshauptmänner von Oberösterreich und von Salzburg haben für die Erstellung eines wasserwirtschaftlichen Rahmenplanes für das Einzugsgebiet der Mattig — einschließlich des Hainbaches — zu sorgen, der eine Grundlage für die Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse im Einzugsgebiet bildet. Dieser Rahmenplan ist auf die wasserwirtschaftlichen Gegebenheiten des gesamten Mattig-Einzugsgebietes abzustimmen.

§ 7. Die Interessen der Gemeinden Oberhofen am Irrsee, Köstendorf, Neumarkt am Wallersee, Straßwalchen, Lengau und Munderfing an dem anzustrebenden ausgeglichenen Wasserhaushalt werden im Sinne des § 54 Abs. 2 lit. e WRG 1959 als rechtliche Interessen anerkannt.

Weihls

300. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 12. Juli 1971, mit der die 2. Durchführungsverordnung zum Elektrotechnikgesetz geändert wird (4. Durchführungsverordnung zum Elektrotechnikgesetz)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 bis 3 im Zusammenhang mit § 8 Abs. 1 des Elektrotechnikgesetzes, BGBl. Nr. 57/1965, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr (hinsichtlich der Vorschriften ÖVE-M 30/1970, ÖVE-T 1/1969 und ÖVE-T 10/1970) und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft (hinsichtlich der Vorschriften ÖVE-E 36/1970, ÖVE-L 1/1970 und ÖVE-L 11/1967 samt Nachtrag ÖVE-L 11a/1969) verordnet:

Die 2. Durchführungsverordnung zum Elektrotechnikgesetz, BGBl. Nr. 135/1967, in der Fassung der 3. Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 263/1969, wird wie folgt geändert:

1. Im Anhang A haben folgende Vorschriften zu entfallen:

ÖVE-Bezeichnung

L 1/1956	Freileitungen
L 1a/1959	Nachtrag a zu den Vorschriften über Freileitungen, ÖVE-L 1/1956
L 11/1967	Errichtung von Starkstromfreileitungen über 1 kV
L 11a/1969	Nachtrag a zu den Vorschriften über Errichtung von Starkstromfreileitungen über 1 kV, ÖVE-L 11/1967
V 41/1962	Elektrowärmegeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke
V 41a/1969	Nachtrag a zu den Vorschriften über Elektrowärmegeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, ÖVE-V 41/1962
V 42/1959	Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke
V 42a/1962	Nachtrag a zu den Vorschriften über Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, ÖVE-V 42/1959

2. Der Anhang A ist durch folgende Vorschriften zu ergänzen:

ÖVE-Bezeichnung

C 10/1970	Akkumulatoren und Akkumulatorenanlagen
E 2a/1970	Nachtrag a zu den Vorschriften über elektrische Anlagen in Theatern, Kinos und sonstigen Anlagen für größere Menschenansammlungen, ÖVE-E 2/1953
E 28/1970	Leuchtröhrenanlagen mit Spannungen über 1 kV
E 36/1970	Errichtung und Betrieb von Elektrofischereianlagen
EM 42 Teil 1/1970	Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 1
EM 42 Teil 2 (100)/1970	Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (100): Staubsauger und Naßreinigungsgesäte
EM 42 Teil 2 (500)/1970	Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (500): Uhren
EM 42 Teil 2 (1000)/1970	Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (1000): Waschmaschinen

ÖVE-Bezeichnung		3. Im Anhang B haben folgende Vorschriften zu entfallen:
EM 42 Teil 2 (1400)/1970	Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (1400): Rasierapparate, Haarschneidemaschinen und ähnliche Geräte	ÖVE-Bezeichnung A 50/1957 Schutzarten elektrischer Betriebsmittel
EM 42 Teil 2 (1500)/1970	Geräte mit elektromotorischem Antrieb für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (1500): Massagegeräte	A 50a/1962 Nachtrag a zu den Vorschriften über Schutzarten elektrischer Betriebsmittel, ÖVE-A 50/1957
EN 13/1970	Elektrische Ausrüstung von Bearbeitungs- und Verarbeitungsmaschinen mit Nennspannungen bis 1000 V	A 50b/1964 Nachtrag b zu den Vorschriften über Schutzarten elektrischer Betriebsmittel, ÖVE-A 50/1957
EW 41 Teil 1/1970	Elektrowärmegeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 1	A 50c/1965 Nachtrag c zu den Vorschriften über Schutzarten elektrischer Betriebsmittel, ÖVE-A 50/1957
EW 41 Teil 2 (100)/1970	Elektrowärmegeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (100): Herde und ähnliche Geräte	W 50/1951 Vorschriften für Isolieröle (Transformatoren- und Schalteröle)
EW 41 Teil 2 (300)/1970	Elektrowärmegeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (300): Tauchsieder	4. Der Anhang B ist durch folgende Vorschriften zu ergänzen:
EW 41 Teil 2 (600)/1970	Elektrowärmegeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (600): Raumheizgeräte und ähnliche Geräte	ÖVE-Bezeichnung A 50/1970 Schutzarten elektrischer Betriebsmittel
EW 41 Teil 2 (700)/1970	Elektrowärmegeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke, Teil 2 (700): Bügeleisen, Bügelmaschinen und Bügelpressen	L 1/1970 Errichtung von Starkstromfreileitungen bis 1000 Volt *)
IG 31/1970	Steckvorrichtungen für Hausinstallationen und ähnliche Zwecke	L 11/1967 Errichtung von Starkstromfreileitungen über 1 kV
IG 32/1970	Gerätesteckvorrichtungen	L 11a/1969 Nachtrag a zu den Vorschriften über Errichtung von Starkstromfreileitungen über 1 kV, ÖVE-L 11/1967
IM 22/1970	Verbindungsmaterial für elektrische Installationen bis 750 V	S 5b/1969 Nachtrag b zu den Vorschriften über Schaltgeräte, Allgemeine Vorschriften, ÖVE-S 5/1962
M 10a/1970	Nachtrag a zu den Vorschriften über elektrische Maschinen, ÖVE-M 10/1964	T 1/1969 Elektrische Bahnanlagen und elektrische Betriebsmittel für Schienenbahnen
M 21b/1970	Nachtrag b zu den Vorschriften über Kleintransformatoren und -drosselspulen, ÖVE-M 21/1959	W 50 Teil 1/1970 Isolieröle für Transformatoren, Wandler und Schalter
M 30/1970	Elektrische Maschinen, Transformatoren und Stromrichter auf Bahn- und anderen Fahrzeugen	W 50 Teil 2/1970 Isolieröle, Teil 2: Bestimmung der Durchschlagsspannung von Isolierölen
S 45/1970	Geräteschalter bis 500 V und bis 63 A	W 50 Teil 3/1970 Isolieröle, Teil 3: Bestimmung des dielektrischen Verlustfaktors und des spezifischen Widerstandes von Isolierölen
S 51a/1970	Nachtrag a zu den Vorschriften über Nullungsschutzschalter, ÖVE-S 51/1964	W 50 Teil 4/1970 Isolieröle, Teil 4: Prüfung der künstlichen Alterung von Isolierölen (unkatalysiert)
S 52a/1970	Nachtrag a zu den Vorschriften über Leitungsschutzschalter bis 25 A, 380 V, ÖVE-S 52/1964	W 50 Teil 5/1970 Isolieröle, Teil 5: Prüfung der Alterungsbeständigkeit von Isolierölen (katalysiert)
T 10/1970	Elektrische Anlagen und elektrische Betriebsmittel für Oberleitungsofnibusse (Obusse)	5. Folgende elektrotechnische Sicherheitsvorschrift tritt am 1. Jänner 1972 in Kraft: ÖVE-L 1/1970.

*) Berichtigt gemäß Kundmachung BGBl. Nr. 411/1971

Den Forderungen des § 3 Abs. 1 und 2 des Elektrotechnikgesetzes ist auch dann entsprochen, wenn diese Vorschrift bereits vor ihrem Inkrafttreten angewendet wird.

Folgende elektrotechnische Sicherheitsvorschriften treten am 1. Jänner 1972 außer Kraft: ÖVE-L 1/1956 und ÖVE-L 1a/1959.

6. Die geltenden Bestimmungen über Dienstnehmerschutz und Maschinenschutzvorrichtungen werden durch die elektrotechnischen Sicherheitsvorschriften dieser Verordnung nicht berührt.

Moser

für die Jahre	mit dem Faktor
1957	2·268
1958	2·206
1959	2·158
1960	1·998
1961	1·854
1962	1·711
1963	1·598
1964	1·494
1965	1·382
1966	1·298
1967	1·213
1968	1·150
1969	1·074

Artikel II

301. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 13. Juli 1971 über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz und dem Bauern-Pensionsversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1972

Auf Grund der §§ 108 d und 108 i des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, und der §§ 32 a, 32 d und 32 f des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 292/1957, beide Gesetze in der Fassung des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, sowie der §§ 24 und 26 des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 28/1970, wird verordnet:

Artikel I

Für das Kalenderjahr 1972 werden festgestellt:

1. der Meßbetrag nach § 108 b Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit 288·73 S;
2. die Höchstbeitragsgrundlage nach § 108 b Abs. 3 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit 290— S kalendertäglich;
3. die Aufwertungsfaktoren nach § 108 c des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes

für die Jahre	mit dem Faktor
1938 und früher	21·573
1939 bis 1946	19·176
1947	10·787
1948	6·473
1949	5·433
1950	4·314
1951	3·195
1952	2·876
1953	2·717
1954	2·557
1955	2·477
1956	2·365

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1972 an die Stelle im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 228, in der Fassung der Verordnung vom 16. Dezember 1970, BGBl. Nr. 401, bzw. im Art. I Z. 8 a, 29 lit. b und 34 der 25. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1970, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 76 b Abs. 1 Z. 2 und 3 statt 36 S mit 39 S
2. im § 77 Abs. 4 Z. 1 statt 17.222 S mit 18.496 S
3. im § 77 Abs. 4 Z. 2 statt 28.455 S mit 30.561 S
4. im § 94 Abs. 1 statt 2500 S mit 2685 S
5. im § 94 Abs. 1 statt 4300 S mit 4618 S
6. im § 94 Abs. 3 statt 644 S mit 692 S
7. im § 105 a Abs. 2 statt 649 S mit 697 S
8. im § 105 a Abs. 2 statt 1298 S mit 1394 S
9. im § 122 Abs. 2 Z. 2 statt 1058 S mit 1136 S
10. im § 152 Abs. 1 statt 1058 S mit 1136 S
11. im § 181 Abs. 1 statt 17.222 S mit 18.496 S
12. im § 253 Abs. 1 statt 1340 S mit 1439 S
13. im § 262 Abs. 2 statt 86 S mit 92 S
14. im § 276 Abs. 1 statt 1340 S mit 1439 S
15. im § 292 Abs. 2 lit. h statt 446 S mit 479 S
16. im § 292 Abs. 3 statt 1528 S mit 1641 S
17. im § 292 Abs. 3 statt 571 S mit 613 S
18. im § 292 Abs. 3 statt 858 S mit 921 S
19. im § 292 Abs. 3 statt 1014 S mit 1089 S
20. im § 292 Abs. 3 statt 594 S mit 638 S
21. im § 292 Abs. 3 statt 165 S mit 177 S
22. im § 522 k Abs. 2 statt 536 S mit 576 S

Artikel III

Der im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit Verordnung vom 12. Juli 1971, BGBl. Nr. 264, für das Kalenderjahr 1972 mit 1·074 festgesetzte Anpassungsfaktor ist in diesem Ausmaß für das Kalenderjahr 1972 auch im Bereich des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes verbindlich.

Artikel IV

Für das Kalenderjahr 1972 werden festgestellt:

1. der Meßbetrag nach § 32 b Abs. 2 des Gewerblichen Selbständigen - Pensionsversicherungsgesetzes mit 288·73 S;
2. die Höchstbeitragsgrundlage nach § 32 b Abs. 3 des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes mit 8700 S;
3. die Aufwertungsfaktoren nach § 32 c des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes

für die Jahre	mit dem Faktor
1938 und früher	21·573
1939 bis 1946	19·176
1947	10·787
1948	6·473
1949	5·433
1950	4·314
1951	3·195
1952	2·876
1953	2·717
1954	2·557
1955	2·477
1956	2·365
1957	2·268
1958	2·206
1959	2·158
1960	1·998
1961	1·854
1962	1·711
1963	1·598
1964	1·494
1965	1·382
1966	1·298
1967	1·213
1968	1·150
1969	1·074

Artikel V

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1972 an die Stelle im Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 228, in der Fassung der Verordnung vom 16. Dezember 1970, BGBl. Nr. 401, bzw. im Art. I Z. 4 a, 12 und 17 lit. c der 19. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 386/1970, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 17 Abs. 4 statt 1072 S mit 1151 S
2. im § 42 Abs. 1 statt 2500 S mit 2685 S
3. im § 42 Abs. 1 statt 4300 S mit 4618 S
4. im § 42 Abs. 3 statt 644 S mit 692 S
5. im § 54 a Abs. 2 statt 649 S mit 697 S
6. im § 54 a Abs. 2 statt 1298 S mit 1394 S
7. im § 83 Abs. 2 statt 86 S mit 92 S
8. im § 85 Abs. 2 statt 1340 S mit 1439 S

9. im § 89 Abs. 2 lit. i statt 446 S mit 479 S
10. im § 89 Abs. 3 statt 1528 S mit 1641 S
11. im § 89 Abs. 3 statt 571 S mit 613 S
12. im § 89 Abs. 3 statt 858 S mit 921 S
13. im § 89 Abs. 3 statt 1014 S mit 1089 S
14. im § 89 Abs. 3 statt 594 S mit 638 S
15. im § 89 Abs. 3 statt 165 S mit 177 S

Artikel VI

(1) Der im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit Verordnung vom 12. Juli 1971, BGBl. Nr. 264, für das Kalenderjahr 1972 mit 1·074 festgesetzte Anpassungsfaktor ist in diesem Ausmaß für das Kalenderjahr 1972 auch im Bereich des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes verbindlich.

(2) Die im Art. I Z. 3 angeführten, für das Kalenderjahr 1972 festgestellten Aufwertungsfaktoren sind auch im Bereich des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes verbindlich.

Artikel VII

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1972 an die Stelle im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 228, in der Fassung der Verordnung vom 16. Dezember 1970, BGBl. Nr. 401, bzw. in Art. I Z. 5 a, 14 und Z. 19 lit. d der 1. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 389/1970, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 12 Abs. 4
 - a) für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 1 Pflichtversicherten

in der Versicherungs-kategorie	statt	mit
I	94 S	101 S
II	103 S	111 S
III	116 S	125 S
IV	130 S	140 S
V	144 S	155 S
VI	157 S	169 S
VII	178 S	191 S
VIII	205 S	220 S
IX	232 S	249 S
X	260 S	279 S
XI	301 S	323 S
XII	356 S	382 S
XIII	410 S	440 S
XIV	465 S	499 S
XV	519 S	557 S
XVI	573 S	615 S
XVII	621 S	667 S
XVIII	664 S	713 S
XIX	702 S	754 S
XX	717 S	770 S

b) für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 2 Pflichtversicherten

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I bis X	94 S	101 S
XI	100 S	107 S
XII	119 S	128 S
XIII	137 S	147 S
XIV	155 S	166 S
XV	173 S	186 S
XVI	191 S	205 S
XVII	207 S	222 S
XVIII	221 S	237 S
XIX	234 S	251 S
XX	239 S	257 S

2. im § 34 Abs. 1 statt 2500 S mit 2685 S

3. im § 34 Abs. 1 statt 4300 S mit 4618 S

4. im § 34 Abs. 3 statt 644 S mit 692 S

5. im § 48 Abs. 2 statt 649 S mit 697 S

6. im § 48 Abs. 2 statt 1298 S mit 1394 S

7. im § 62 Abs. 1 lit. a

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I	817 S	877 S
II	893 S	959 S
III	1012 S	1087 S
IV	1130 S	1214 S
V	1249 S	1341 S
VI	1368 S	1469 S
VII	1548 S	1663 S
VIII	1785 S	1917 S
IX	2023 S	2173 S
X	2261 S	2428 S
XI	2620 S	2814 S
XII	3095 S	3324 S
XIII	3571 S	3835 S
XIV	4046 S	4345 S
XV	4522 S	4857 S
XVI	4988 S	5357 S
XVII	5407 S	5807 S
XVIII	5780 S	6208 S
XIX	6107 S	6559 S
XX	6241 S	6703 S

8. im § 62 Abs. 1 lit. b

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I bis X	817 S	877 S
XI	873 S	938 S
XII	1031 S	1107 S
XIII	1190 S	1278 S
XIV	1348 S	1448 S

in der Versicherungsklasse	statt	mit
XV	1507 S	1619 S
XVI	1662 S	1785 S
XVII	1802 S	1935 S
XVIII	1927 S	2070 S
XIX	2036 S	2187 S
XX	2080 S	2234 S

9. im § 79 Abs. 2 statt 86 S mit 92 S

10. im § 80 Abs. 2 statt 1340 S mit 1439 S

11. im § 85 Abs. 2 lit. i statt 446 S mit 479 S

12. im § 85 Abs. 4 statt 1528 S mit 1641 S

13. im § 85 Abs. 4 statt 571 S mit 613 S

14. im § 85 Abs. 4 statt 858 S mit 921 S

15. im § 85 Abs. 4 statt 1014 S mit 1089 S

16. im § 85 Abs. 4 statt 594 S mit 638 S

17. im § 85 Abs. 4 statt 165 S mit 177 S

18. im § 151 Abs. 4 Z. 2 lit. a statt 565 S mit 627 S

19. im § 151 Abs. 4 Z. 3 statt 86 S mit 92 S

Artikel VIII

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1972 an die Stelle im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz bezogener fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 228, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 151 Abs. 7 statt 381 S mit 409 S

2. im § 151 Abs. 7 statt 351 S mit 377 S

3. im § 151 Abs. 7 statt 321 S mit 345 S

4. im § 151 Abs. 7 statt 291 S mit 313 S

5. im § 151 Abs. 7 statt 261 S mit 280 S

Häuser

302. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 22. Juli 1971 zur Durchführung des Hagelversicherungs-Förderungsgesetzes (Hagelversicherungs-Förderungsverordnung 1971)

Auf Grund der §§ 2 und 6 des Hagelversicherungs-Förderungsgesetzes, BGBl. Nr. 64/1955, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 186/1961 und BGBl. Nr. 289/1963 wird verordnet:

Der Hundertsatz, um den die vertragsmäßigen Hagelversicherungsprämien für das Wirtschaftsjahr 1971 verbilligt werden, wird unter Zugrundelegung der vom Bund und dem einzelnen Bundesland gewährten Beihilfe festgesetzt wie folgt:

Für das Bundesland:

Burgenland	10 v. H.
Kärnten	25 v. H.
Niederösterreich	20 v. H.
Oberösterreich	25 v. H.
Salzburg	20 v. H.
Steiermark	25 v. H.
Tirol	20 v. H.
Wien	20 v. H.

Androsch

303. Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 27. Juli 1971 über den Verkehr mit verpackten chemischen Konsumgütern

Auf Grund des § 32 des Bundesgesetzes vom 26. September 1923, BGBl. Nr. 531, gegen den unlauteren Wettbewerb in der Fassung des Bundesgesetzes vom 17. Feber 1971, BGBl. Nr. 74, wird verordnet:

§ 1. Chemische Konsumgüter im Sinne dieser Verordnung sind:

1. Lacke und Farben, einschließlich Dispersionsanstriche,
2. Tinten und Tuschen (ausgenommen Nachfüllminen),
3. Toiletteseife, Rasierseife, Rasiercreme, Shampoo, Kölnischwasser, Toilettewasser, Rasierwasser, Gesichtswasser, desodorierende Mittel, Intimpflegemittel, schweißhemmende Mittel, Zahnseife, Zahnpaste, Zahnpulver, Mundwasser, Mundspray, Haarfestiger, Haaröl, Brillantine, Haarwasser, Haartönungsmittel, Haar-, Brauen- und Wimpernfärbemittel, Dauerwellenpräparate, Massageöl, Hautöl, Hautcremen und kosmetische Salben, Sonnenschutzpräparate, Gesichtsmilch, Reinigungscreme, Franzbranntwein, Gesichtspackungen, Rouge, Make-up, Gesichtspuder, Körperpuder, Badesalz und andere Badeszusätze, Nagellack, Nagellackentferner, Nagelhautentferner, Nagelhärter, Mittel zum Beseitigen von Hühneraugen und harter Haut, Haarentfernungsmittel, Luftverbesserer,
4. Geschirrspül- und -reinigungsmittel,
5. Boden- und Möbelreinigungs- und -pflegemittel, Tapeten- und Glasreinigungsmittel,
6. Schuhreinigungs- und -pflegemittel, Metallputzmittel und Fleckputzmittel für Textilien, WC-Reinigungsmittel,
7. Pflege-, Reinigungs- und Schutzmittel für Automobile,
8. Klebstoffe.

§ 2. Verpackte chemische Konsumgüter, auch in Form von Druckgaspackungen, dürfen im Kleinhandel nur unter Ersichtlichmachung ihres Mindestfüllgewichtes oder Mindestfüllvolumens gewerbsmäßig verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht werden. Werden von einem Vertreiber Warenpackungen verschiedener Größe unter derselben Warenbezeichnung verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht, so sind sie mit der gleichen Maßeinheit zu kennzeichnen.

§ 3. (1) Mindestfüllgewicht oder Mindestfüllvolumen gemäß § 2 ist jenes Gewicht oder Volumen nach metrischem System der verpackten Ware, das die Ware auch bei Berücksichtigung technologisch bedingter Abweichungen aufzuweisen hat.

(2) Bei Toiletteseife und Rasierseife ist an Stelle des Mindestfüllgewichtes das Mindestfrischgewicht ersichtlich zu machen; Gewichtseinbußen bis zu 25%, die während des Aufbewahrens eingetreten sind, bleiben unberücksichtigt.

§ 4. (1) Der Kennzeichnungspflicht unterliegen nicht Kleinpäckungen und Warenproben chemischer Konsumgüter.

(2) Kleinpäckungen im Sinne des Abs. 1 sind Päckungen mit einem Füllgewicht, Frischgewicht, oder Füllvolumen von weniger als 20 g bzw. 20 cm³.

(3) Warenproben im Sinne des Abs. 1 sind als solche gekennzeichnete verpackte chemische Konsumgüter, die unentgeltlich oder entgeltlich, aber unter dem ortsüblichen Preis, mit einem Füllgewicht, Frischgewicht oder Füllvolumen, das das Füllgewicht, Frischgewicht oder Füllvolumen der kleinsten im Handel befindlichen kennzeichnungspflichtigen Packung der Ware dieses Erzeugers oder Verpackers nicht übersteigt, abgegeben werden.

§ 5. (1) Die Kennzeichnung ist in arabischen Ziffern und lateinischen Buchstaben sichtbar, deutlich lesbar und unverwischbar auf der äußeren, für den Letztverbraucher bestimmten Verpackung anzubringen; sie kann auch durch Anhängezettel oder in ähnlicher Form erfolgen.

(2) Sind mehrere chemische Konsumgüter gemeinsam verpackt, so ist jedes von ihnen zu kennzeichnen.

§ 6. Für die Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung ist der Verpacker, bei Lohnaufträgen der Auftraggeber, bei Importware der Importeur verantwortlich.

§ 7. (1) Diese Verordnung tritt mit 15. August 1971 in Kraft.

(2) Chemische Konsumgüter dürfen noch innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung ohne Ersichtlichmachung ihres Mindestfüllgewichtes oder Mindestfüllvolumens verpackt und innerhalb dieses und eines weiteren Zeitraumes von einem Jahr gewerbsmäßig verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht werden.

Staribacher

304. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 15. Juli 1971 betreffend den Beitritt Japans zum Zollabkommen über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen) vom 15. Jänner 1959

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen hat Japan am 14. Mai 1971 seine Beitrittsurkunde zum Zollabkommen über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen) samt Unterzeichnungsprotokoll (BGBl. Nr. 92/1960 in der Fassung der

Kundmachungen BGBl. Nr. 69/1964 und 296/1966, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 26/1970) hinterlegt.

Das Abkommen tritt für Japan am 12. August 1971 in Kraft.

Kreisky

305. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 19. Juli 1971 über den Beitritt Libanons und Lesothos zur Internationalen Konvention vom 3. November 1923 zur Vereinfachung der Zollformalitäten samt Protokoll

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen ist Libanon am 9. März 1933 und Lesotho am 12. Jänner 1970 der Internationalen Konvention zur Vereinfachung der Zollformalitäten samt Protokoll (BGBl. Nr. 85/1925, letzte Kundmachung über den Geltungsbereich BGBl. Nr. 388/1968) beigetreten.

Kreisky

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 192,— für Inlands- und S 246,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telefon 63 17 85 Serle, sowie in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037) Tel. 72 61 51.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezuhler werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037) anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.